

#SparIchMir: Stromtrassen

Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der dafür notwendigen Infrastruktur muss gut geplant werden. Bisher setzt die Bundesregierung auf einen überdimensionierten Ausbau der Übertragungsnetze. Sie gefährdet damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende und verursacht unnötige Eingriffe in die Natur. Mit einem Ende der Stromverschwendung könnte der Bedarf an Übertragungsnetzen enorm reduziert werden.

Achtung Fehlplanung

Wenn alle Möglichkeiten zum Stromsparen in Deutschland ausgenutzt werden und der Stromverbrauch bis 2050 um 40 Prozent sinkt, würden 80 Prozent der neuen Stromtrassen überflüssig. Wenn das Energiekonzept der Bundesregierung beim Stromsparen umgesetzt wird, kann immer noch auf über die Hälfte der neuen Stromleitungen verzichtet werden. Doch die Ziele der Bundesregierung fürs Stromsparen spiegeln sich bislang nicht in der Netzplanung wider. Hier wird nach wie vor von einem konstanten Stromverbrauch ausgegangen. Immerhin: In einem von sechs Szenarien müssen die Netzbetreiber bei ihren Ausbauberechnungen jetzt von einem sinkenden Stromverbrauch ausgehen.

Stromverschwendung beenden!

Die Bundesregierung hat im Dezember 2014 einen „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ vorgestellt, damit die schlummernden Möglichkeiten für Energiesparmaßnahmen endlich besser genutzt werden. Der NAPE ist ein erster wichtiger Schritt. Auch BUND-Forderungen finden sich darin wieder. Die Vorschläge der Bundesregierung sind aber vage, lückenhaft und stehen auf finanziell wackligen Beinen. Damit die Bundesregierung ihr – bislang unverbindliches – Ziel erreicht, 20 Prozent Primärenergie bis 2020 einzusparen, muss sie noch eine gewaltige Lücke schließen. Die im NAPE vorgeschlagenen Maßnahmen tragen höchstens zu einem Drittel dazu bei. Inwiefern das Stromsparziel (minus zehn Prozent) erreicht wird, bleibt unklar. Es soll sogar in Zukunft hinter anderen Klimazielen nachrangig behandelt werden.

Im NAPE heißt es: „Neue ordnungsrechtliche Vorgaben sind nicht vorgesehen“. Diese pauschale Verweigerung ist aus Umwelt- und Klimaschutzsicht nicht akzeptabel! So müssten etwa Unternehmen stärker in die Pflicht genommen werden, Energieeinsparpotenziale zu ermitteln und wirtschaftliche Effizienzmaßnahmen tatsächlich durchzuführen. Denn Industrie, Gewerbe, Handel & Co. sind für 70 Prozent des Stromverbrauchs verantwortlich. Der BUND schlägt außerdem vor, die



schnelle Verbreitung besonders sparsamer Geräte, wie hocheffizienter Waschmaschinen oder Heizungspumpen, mit Gutscheinprogrammen zu unterstützen. Außerdem sollte bei Produkten im Handel erkennbar sein, welche Stromkosten beim Betrieb des Produktes zu erwarten sind. Beratungs- und Bonusprogramme speziell für einkommensschwache Haushalte müssen ausgeweitet werden.

Vor allem muss die Bundesregierung endlich für verlässliche Rahmenbedingungen für eine „Effizienzwende“ sorgen. Nur so entwickeln BürgerInnen und InvestorInnen das nötige Vertrauen in die Energiewende und engagieren sich entsprechend. Die Energiesparziele müssen dafür gesetzlich verankert werden. Eine unabhängige Institution sollte einzelne Instrumente koordinieren und gewährleisten, dass die Ziele erreicht werden. Förderprogramme müssen außerdem unabhängig von der Tagespolitik mit ausreichenden Mitteln versorgt werden.

Der BUND fordert:

- Die Bundesregierung muss den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ jetzt nachbessern.
- Stromeinsparungen müssen bei der Netzplanung besser berücksichtigt werden.

Quellen: AG Energiebilanzen/ BMWi (2014): Erster Fortschrittsbericht zur Energiewende./ Prognos, IAEW (2014): Positive Effekte von Energieeffizienz auf den deutschen Stromsektor.

Mehr Infos
unter:
[bund.net/
energiesparen](http://bund.net/energiesparen)